

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₤ (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 ₤, für Versammlungsanzeigen 50 ₤ die Zeile.

Bauarbeiterfragen vor dem Gewerkschaftsparlament

Auf dem 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands sind neben vielen wichtigen Problemen auch eine Reihe Fragen behandelt worden, die uns als Bauarbeiter lebhaft interessieren. Schon im Geschäftsbericht des Kollegen Leipart konnte darauf hingewiesen werden, daß der Bundesvorstand des AOB den Fragen des Bauarbeiterchuzes während der Berichtsperiode größte Beachtung geschenkt hat. Es ist anzunehmen, so konnte Kollege Leipart mitteilen, daß zu Beginn des Jahres 1932 sowohl die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften als auch die behördlichen Bestimmungen über Bauarbeiterchuz fertiggestellt sein werden. Dann hat Kollege Leipart die Leistungen der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften, insbesondere der „Dewog“, gewürdigt, und hervorgehoben, daß durch diese gewerkschaftliche Einrichtung bisher 33 000 Wohnungen gebaut worden sind. Darüber hinaus habe sich aber der Bundesvorstand lebhaft und wiederholt für die Förderung der Bauwirtschaft eingesetzt. Diese Feststellungen, die unsern Lesern bekannt sind, verdienen größte Beachtung. Es ist selbstverständlich, daß die Frage der Hauszinssteuer, die auf das engste mit dem Wohnungsbau verbunden ist, eingehend vom gewerkschaftlichen Standpunkt behandelt wurde. Besonders gegen die Pläne der Hausbesitzerorganisationen, die einen allgemeinen Abbau der Hauszinssteuer verlangen, hat Kollege Leipart im Geschäftsbericht lebhaft protestiert. Hierbei hat Leipart die Forderung vertreten, daß eine Reform der Hauszinssteuer nur durchzuführen ist, wenn an ihre Stelle eine öffentliche, grundbuchlich zu sichernde und abdingbare Last tritt, die nach unserm Vorschlag durch Amortisation in etwa 18 Jahren abgetragen werden kann, aber das bisherige Aufkommen von rund 1½ Milliarden Mark jährlich sicherstellt.

Es ist selbstverständlich, daß im Rahmen allgemeiner Betrachtungen auch im Geschäftsbericht des Kollegen Leipart Stellung genommen wurde zu dem sozialpolitischen Kurs der Reichsregierung. Hierbei wurde der gewerkschaftliche Standpunkt mit Nachdruck vertreten und vor dem Forum einer breiten Öffentlichkeit den Regierungsvertretern, darunter auch dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, vorgebracht. An der Aussprache zu dem ersten Punkt der Tagesordnung beteiligten sich selbstverständlich auch die Vertreter der Bauarbeiter.

Die Notlage der Bauarbeiter wurde von einer Reihe Redner der baugewerblichen Arbeiterverbände dargelegt. Von unserm Verband sprach zu diesem Punkt der Tagesordnung Kamerad Steinfeldt Hamburg, der dem Sinne nach folgendes ausführte: Vom Bundesvorstand wie von den Diskussionsrednern ist mit ernstesten Worten auf die Notlage der gesamten Arbeiterschaft hingewiesen. Ich möchte die Lage der Bauwirtschaft und der Bauarbeiterschaft schildern. Wir sind nicht in der glücklichen Lage wie die Landwirtschaft, die erhebliche Subventionen bekommt. Im Gegenteil. Die Bautätigkeit wird überall auf das stärkste abgedrosselt. Die Zahl von Leipart, daß im Baugewerbe 50 % arbeitslos sind, stimmt nicht mehr. Im Zimmererverband waren in den ersten sieben Monaten im Durchschnitt 70,8 % unserer Kameraden arbeitslos. In Friedenszeiten waren in den Jahren 1899 bis 1908 rund 7,49 % unserer Verbandsmitglieder arbeitslos. Selbst im Durchschnitt der Jahre 1920 bis 1929 waren nur 18,2 % unserer Mitglieder arbeitslos. Angesichts dieser Zahlen von einer beruflichen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu sprechen, ist vollendeter Irrsinn. Die Bauarbeiter sind durch eine Reihe von Verordnungen auf das schwerste geschädigt worden. Alle Verschlechterungen in der Sozialpolitik in der letzten Zeit haben in erster Linie die Bauarbeiter getroffen. Nachdem Ok-

tober 1927 an Stelle der Erwerbslosenfürsorge die Arbeitslosenversicherung trat, haben wir bereits im Dezember 1927 in der Verordnung über Wartegeld und dann im Winter des Jahres 1928/29 durch den Begriff „berufsbliche Arbeitslosigkeit“ starke Einschränkungen erfahren müssen. Es wurde während der berufsblichen Arbeitslosigkeit die Sonderfürsorge nach dem Grundsatz der Krisenfürsorge eingeführt. So ist eine Ausnahme der andern gefolgt, bis zur Notverordnung vom 5. Juni 1931, die allem die Krone aufsetzt. Wir bekommen überhaupt nur noch die Sätze der Krisenfürsorge, Erwerbslosenunterstützung überhaupt nur für 20 Wochen. Die Bauarbeiter protestieren auf das allerschärfste gegen diese Sonderbehandlung. Wie steht es mit den Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung, betreffs der Jugendlichen und der Saisonarbeiter? Wir erinnern Graßmann an das Wort, das er in Hamburg auf einen Zwischenruf gesagt hat: Wir lassen die Saisonarbeiter nicht versacken. — Auch in bezug auf die Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen im Baugewerbe muß gegen die Haltung des Reichsarbeitsministeriums auf das schärfste Verwahrung eingelegt werden. Die Entscheidungen in der Lohnfrage sind überall durch Beauftragte des Reichsarbeitsministeriums erfolgt, die wiederholt in die Auseinandersetzungen eingegriffen haben. Die Zurückstellung der Allgemeinverbindlichkeitsklärung entspringt dem Haß gegen die angeblich hohen Löhne der Bauarbeiter. Wir verlangen, daß auch nach dieser Richtung hin eine Revision des Standpunktes des Reichsarbeitsministeriums erfolgt.

Ein weiterer Vertreter der Bauarbeiter, Kollege Th. Thomas vom Deutschen Baugewerksbund, hat in sehr wirksamer Weise Kritik geübt an dem sozialpolitischen Kurs der gegenwärtigen Reichsregierung. Wir bemerken ausdrücklich, daß diese Reden der Bauarbeitervertreter in Gegenwart des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald gehalten wurden, der dadurch Gelegenheit hatte, aus berufsenem Munde die Wünsche der Bauarbeiter nochmals kennen zu lernen. Wir lassen hier einen Teil der Rede des Kollegen Thomas folgen, der ungefähr ausführte: Ich bedauere, daß die Sozialpolitik nicht als besonderer Punkt auf der Tagesordnung steht; hoffentlich hat das nicht symbolische Bedeutung. Leider habe ich im Jahre 1928 recht behalten, als ich meine warnende Stimme gegen das Ausnahmehoch der Saisonarbeiter erhoben habe. Heute werden die Saisonarbeiter als Versuchskaninchen benutzt, um die Unterstüßungen herunterzusetzen. Wenn man sieht, daß sie nicht ganz dabei verhungern, bekommen auch die übrigen dieselben Sätze und die Saisonarbeiter werden wieder vorgezogen, um einen erneuten Unterstüßungsabbau die Wege zu ebnet. Wann das aufhören soll, weiß niemand. Im Baugewerbe kann von Saisonarbeitslosigkeit längst nicht mehr gesprochen werden, wohl aber von einem Dauerunrecht gegenüber dieser Berufsschicht. Ueberhaupt muß zu diesem Kapitel gesagt werden, man hat in den letzten Jahren mit der Arbeiterschaft Schindluder getrieben! Minister Stegerwald wird nicht erwarten, daß wir ihm heute Lorbeerkränze winden. Uns wird immer vorgehalten, Herr Minister Stegerwald sonne sich gern an der Zahl: Sechs Milliarden und mehr werden für soziale Unterstüßungen in Deutschland gezahlt. Aber, Herr Minister, es kommt nicht darauf an, wieviel Reich und Länder im Jahr dafür ausgeben, sondern darauf, was der einzelne bekommt, und das ist in Zehntausenden von Fällen so bitter wenig, daß die Not täglich und stündlich an die Tür klopft. Den Arbeitern wird gepredigt, sie sollen entbehren. Sie hätten vielleicht dafür Verständnis, wenn dies traurige Lied von allen

gesungen würde. Aber die am meisten darüber reden, entbehren nicht, und die am meisten entbehren, reden viel zu wenig darüber. Die andern Kreise sind gewohnt, viel mehr zu schreien als wir. Wir haben ja ein Beispiel aus den letzten Vorgängen. Kann man es den Rentenempfängern einreden, daß sie für Deutschlands Wiederaufstieg hungern müssen, solange sie die Riesenpensionen für Gegner der Republik sehen?! Solange die Gehälter der Höchstverdiener nicht beschnitten werden, solange man Hunderte von Millionen für verachtete Existenzen, für Großbanken übrig hat?! Aber wenn für die Erwerbslosenunterstützung etwas gebraucht wird, ist nichts da.

Der Gewerkschaftskongress fällt in eine Periode des Lohnabbaues allerschlimmster Art. Wenn nicht alle Zeichen trügen — vielleicht kann Minister Stegerwald uns sagen, daß ich mich irre —, trägt man sich in der Scharnhorststraße in Berlin noch weiter mit dem Gedanken, die Löhne abzubauen. Minister Stegerwald hat vor einigen Monaten das große Wort ausgesprochen, daß ein weiterer Lohnabbau nicht mehr in Frage komme. Ich habe heute morgen meine Ohren gespitzt, um zu hören, was er nun zu dieser Frage erklären würde. Aber da muß ich sagen, interessant war die Rede immer da, wo er geschwiegen hat.

Damit komme ich zum Kapitel der Allgemeinverbindlichkeitsklärungen von Tarifverträgen, nicht nur im Baugewerbe, sondern überhaupt. Es ist Ihnen vielleicht durch die Gewerkschaftspresse ein Schreiben bekannt geworden, das aus dem Reichsarbeitsministerium an eine unserer Sparten im Baugewerksbund geschrieben worden ist. Da heißt es mit Bezug auf die Allgemeinverbindlichkeitsklärung:

„Ich habe bereits in mehrfachen Entscheidungen grundsätzlich zum Ausdruck gebracht, daß es mir unzulässig erscheint, Lohnsätze, die an der obersten Grenze der Lohnsätze aller Gewerbe des Tarifgebietes liegen, und die für die Weltmarktindustrien geltenden Löhne weit übersteigen, unter den derzeitigen ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen im Wege staatlichen Zwanges Dritten aufzuerlegen.“ (Hört! Hört! Bewegung und Zurufe.)

In der Debatte zu den übrigen Punkten der Tagesordnung sprachen ebenfalls einige Vertreter der Bauarbeiter. Kollege Bernhard, der Vorsitzende des Deutschen Baugewerksbundes, beteiligte sich an der Aussprache zu dem Referat „Öffentliche und private Wirtschaft“ und legte dabei die Wichtigkeit des Baugewerbes im Rahmen der öffentlichen Wirtschaft dar. Erfreulicherweise habe sich der gemeinwirtschaftliche Gedanke im Wohnungsbau in der Nachkriegszeit besonders ausbreiten können. Gegenwärtig seien leider Kräfte am Werke, die diese bedeutungsvolle Entwicklung aufhalten wollen. Die Regierung habe den öffentlichen Wohnungsbau dadurch erheblich gedrosselt, daß sie ihm die notwendigen Mittel aus den Erträgen der Hauszinssteuer teilweise entziehe. Der Eingriff in den Hauszinssteuerfonds bedeute nicht nur ein Drosseln, sondern geradezu eine Lahmlegung des Wohnungsbauens und damit eines großen Teiles der öffentlichen Wirtschaft. Die Steigerung der Wohlfahrtsetats in den Städten sei die nächste und augenscheinlichste Folge dieser Politik der Reichsregierung. Es sei dringend notwendig, daß dem öffentlichen Wohnungsbau die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Scharfe Kritik übte der Redner an der Haltung des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in der Frage langfristiger Auslandsanleihen. Ebenso ging der Redner den Bodenspekulanten und den monopolistischen Praktiken des Zementverbandes zu Leibe. Diese Kreise haben wesentlich zur Verteuerung des Wohnungsbauens beigetragen. Die Gemeinwirtschaft auf dem Gebiete des

Verzicht der Geltendmachung irgendwelcher Wahlmängel. Durch den Zwang zum Ausgang soll der Unternehmer ja gerade veranlaßt werden, die Wahl genau nachzuprüfen.

Mit dem Ausgang sollte dem Delegierten gerade die rechtliche Sicherheit gegeben werden, daß eine Anfechtung der Delegierteneigenschaft nicht mehr erfolgen könne. Bestehen bliebe allerdings die Anfechtungsmöglichkeit durch Beleg-

Wer ist zur Schadenersatzpflicht Minderjähriger verpflichtet?

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist zunächst der Vater des minderjährigen Kindes der „gesetzliche Vertreter“. Er hat somit Kraft der elterlichen Gewalt das Recht und die Pflicht, für die Person und des eventuell vorhandenen Vermögens des Minderjährigen zu sorgen beziehungsweise Sorge zu tragen.

Erfolgt nun eine Vernachlässigung der obliegenden Aufsichtspflicht seitens des zur Führung der Aufsicht Verpflichteten gegenüber dem Minderjährigen, so folgt je nach dem Alter des Schädigenden eine verschiedene rechtliche Ersatzpflicht. Ist zum Beispiel der minderjährige Missetäter noch nicht sieben Jahre alt, so ist er für den von ihm angerichteten Schaden zivilrechtlich nicht verantwortlich, sondern derjenige haftet, der gemäß des Gesetzes zur Führung der Aufsicht verpflichtet war und diese vernachlässigt hat.

Im Dienst- und Arbeitsvertragswesen kann nun seit Bestehen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches auch den Minderjährigen durch den gesetzlichen Vertreter die Ermächtigung erteilt werden, in Dienst oder Arbeit zu treten.

Politische Wochenchau

Eine Riesen-Notverordnung — Ergebnis der Verhandlungen über Abänderung der Notverordnung vom 6. Juni — Rückkehr der Nazis in den Reichstag — Die ideenlose Volkspartei — Stillhalteabkommen unterzeichnet — Briands Rede im Völkerbund und seine Deutschlandreise

Reichsregierung und preussische Regierung arbeiten zusammen, um in nächster Zeit eine umfangreiche Notverordnung zu erlassen. In der zu erlassenden Notverordnung sollen vor allen Dingen die Herabsetzung der hohen Pensionen, die zweijährige Beförderungs-

und Zulagensperre für Beamte, die Ansiedlung von hunderttausend Wohlfahrtsberbergslosen, der Abbau der Hauszinssteuer und die Erhöhung der Umsatzsteuer gesetzlich geregelt werden. Die zuständigen Ressorts sind mit ihren Vorarbeiten bereits so weit vorgeschritten, daß das Reichskabinet im Laufe dieser Woche in Dauer-

Als am 5. Juni die Notverordnung der Reichsregierung „Zur Behebung wirtschaftlicher und finanzieller Notstände“ veröffentlicht wurde, ging ein berechtigter Schrei der Empörung durch das Land. Schon unmittelbar nach Bekanntwerden dieser sich katastrophal auswirkenden Bestimmungen hatten die Vertreter der Sozialdemokratie in ersten Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister, dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister den Nachweis von der Notwendigkeit einer Abänderung der Notverordnung erbracht.

Der thüringische Minister a. D. Fricke äußerte sich in einer Versammlung, daß die Nationalsozialisten bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages am 13. Oktober in den Reichstag zurückkehren würden. Damit wollen die 107 Krawaleer, die überhaupt noch nie parlamentarische Arbeit geleistet haben, wieder das gleiche Theater in Szene setzen, wie sie es seit dem 14. September bis zu ihrem Auszug gemacht haben.

In einer Sitzung der volksparteilichen Reichstagsfraktion wurde von der Mehrheit der Redner scharf gegen Currius und seine Außenpolitik Stellung genommen. Es wurde dem Reichsaußenminister zum Vorwurf gemacht, daß er in der Frage der Zollunion und bei den Verhandlungen mit den französischen Regierungsstellen dem Ausland zu viele Konzessionen gemacht habe.

Das in Basel abgeschlossene Stillhalteabkommen wurde nun auch von den beteiligten drei deutschen Stellen, Reichsbank, Deutsche Golddiskontbank und Bankenkomitee, unterzeichnet. Das Abkommen tritt somit an dem Tage in Kraft, an dem die Bank für internationale Zahlungen in Basel an die beteiligten Stellen die Mitteilung gelangen läßt, daß sämtliche Vertragsparteien den Vertrag unterzeichnet haben.

Der französische Außenminister Briand hat auf der jetzt stattfindenden Völkerbundstagung eine große Rede über Weltkrise, Völkerbund und Abrüstung gehalten. Dabei betonte er besonders in der Frage über die Weltkrise, daß eine Reihe von europäischen Staaten nach dem Kriege von einer frenetischen Arbeitslust befallen waren. Sie haben produziert ohne Methode und ohne Geist der Zusammenarbeit mit den übrigen Nationen.

Der französische Außenminister Briand hat auf der jetzt stattfindenden Völkerbundstagung eine große Rede über Weltkrise, Völkerbund und Abrüstung gehalten. Dabei betonte er besonders in der Frage über die Weltkrise, daß eine Reihe von europäischen Staaten nach dem Kriege von einer frenetischen Arbeitslust befallen waren. Sie haben produziert ohne Methode und ohne Geist der Zusammenarbeit mit den übrigen Nationen.

durch Wunderwirken zu beseitigen. Der Völkerbund kann aber nicht Wunder wirken. Man gibt heute überall zu, daß der Mangel an Solidarität die Krise verursacht hat. Die Bedeutung des Völkerbundes ist aber wesentlich größer, als manche Kreise annehmen; denn er soll besonders dazu führen, die Verständigung zwischen den leitenden Staatsmännern herbeizuführen. Ueber die Annäherung von Frankreich und Deutschland äußerte sich Briand, daß es nur dem Völkerbund zu verdanken sei, daß hier greifbare Erfolge erzielt werden konnten. In der Periode der Bemühungen um die Annäherung mußten eine Reihe von Widerständen in beiden Ländern überwunden werden. Ueber seinen Besuch in Berlin äußerte sich Briand, daß er hoffe, daß diese Zusammenkunft glückliche Folgen haben wird.

Briefkasten der Redaktion

G. 1 in B. Wird die Arbeitslosenunterstützung erstmalig beantragt, so ist die Anwartschaftszeit erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten 2 Jahren mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Für spätere Unterstüzungen ist die Anwartschaftszeit erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten 12 Monaten vor der Arbeitslosmeldung mindestens 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat.

Literarisches

„Der Beamte der Republik“. Ein Beamtenorgan der Partei. Der neugebildete Beirat in Beamtenfragen beim Parteivorstand der SPD. hat seine Arbeit mit der Herausgabe einer Wochenschrift: „Der Beamte der Republik“ begonnen. Er hat damit einen glücklichen Griff getan und der Partei ein Organ geschaffen, das sicher geeignet ist, das Verständnis für die Ziele der Partei zu fördern und ihr neue Freunde in den Beamtentreisen zu schaffen.

Anzeigen

Sterbetafel

- Braunschweig. Am 30. August starb unser Kamerad Rudolf Pinnow im Alter von 81 Jahren infolge Anfall.
- Elbing. Am 4. September starb unser Kamerad Aug. Stobutzki im Alter von 64 Jahren an Arterienverkalkung.
- Halle a. S. Am 3. September starb unser Kamerad Wilhelm Friedrich im Alter von 74 Jahren an Wassersucht und Herzschwäche.
- Regin. Am 31. August starb unser Kamerad Aug. Dames im Alter von 36 Jahren infolge Anglücksfall.
- Erfisch. Am 2. September starb unser Kamerad Albert Sunagel im Alter von 27 Jahren.
- Wilddad. Am 24. August starb unser Kamerad Christian Eitel im Alter von 46 Jahren.
- Wuppertal. Am 31. August starb unser Kamerad Wilhelm Zimmermann im Alter von 74 Jahren.
- Wusterhausen. Am 6. September starb unser Kamerad Rud. Ramin im Alter von 43 Jahren an Herzschlag.

Ehre ihrem Andenken!